



Der Verdienst für gute Weber beträgt bis 25 Mk. wöchentlich.

Ihre gefl. Rückantwort erwarten wir gern.

Hochachtend

J. Schröder Söhne.

Dieses Arbeitergeheuch teilte der Vorstand mehreren Ortsverwaltungen mit...

An die betreffende Firma schrieb der Vorstand unterdessen:

Berlin, den 26. September 1914.

An die Mechanische Baumwollweberei, Rauhererei, Strangfärberei...

Firma Schröder Söhne.

Auf Ihr geehrtes Schreiben vom 21. d. M. erwidern wir Ihnen, daß wir uns sofort an Orte der Baumwollweberbranche gewandt haben...

Die erste Frage, die jedoch an uns herangetragen wird, ist die: „Inwiefern wird Reisegeld oder Umzugsunterstützung gewährt?“

Um dieser Frage sofort entgegenkommen zu können, würde es uns sehr erwünscht sein, zu erfahren, ob und in welcher Höhe sowie unter welchen Bedingungen von Ihrer Seite Reisegeld oder Umzugsentschädigung gewährt wird.

Einer umgehenden Rückäußerung entgegengehend, zeichnet für den Deutschen Textilarbeiterverband

J. M.: Albin Reichelt.

Am 28. September teilte der Vorstand ergänzend der Firma J. Schröder Söhne mit, es hätten sich bereits zwölf Weber bei uns gemeldet...

Darauf antwortete die Firma wie folgt:

Greven i. Westf., den 29. September.

An den Deutschen Textilarbeiterverband, Berlin.

In Besitz Ihres Geehrten vom 26. und 28. d. M. kommt es ganz darauf an, wie große Weberfamilien Sie uns beschaffen können...

Für wirklich gute große Weberfamilien, die auf Neffel und Köper sowie auf Planell eingearbeitet sind, würden wir einen großen Teil der ganzen Umzugskosten usw. auf uns nehmen...

In der nächsten Woche ist Schreiber dieses in Berlin und wird dann bei Ihnen vorsprechen.

Hochachtend

J. Schröder Söhne.

Nachdem der Vorstand am 3. Oktober cr. die Firma von der weiteren Meldung mehrerer Weber und Weberfamilien aus Neugersdorf und Wittweida verständigt hatten...

Da Herr Schröder die erwähnten Weber am liebsten gleich mitzunehmen erklärte, gab ihm der Vorstand die Adressen unserer Geschäftsführer Oswald Heidel in Neugersdorf und Hugo Seufert in Wittweida.

Herr Schröder ist auch tatsächlich anderen Tags nach den beiden Orten gefahren, um dort die Weber in Gegenwart unserer Geschäftsführer zu engagieren.

Raum waren die Weber im Betriebe des Herrn Schröder tätig, so liefen auch schon Beschwerden mancherlei Art: unzureichende Löhne, Bevormundung religiöser Art usw.

mittelnd einzugreifen. Ihm wurde aber auf dem Kontor der Firma ohne viel Förmlichkeiten von einem alten Herrn bedeutet, man wolle mit ihm gar nichts zu tun haben...

Auf den Wortlaut seines Briefes an den Zentralvorstand konnte der Herr sich also schon gar nicht mehr erinnern, er bestritt sogar den Besuch eines Vertreters der Firma beim Zentralvorstand in Berlin...

Einem der durch unsere Ortsverwaltungen vermittelten Weber war beim Weben eine Schußspule (Cops) abgeschlagen, wie es tagtäglich vorkommt. Nach vergeblichen Versuchen, die abgeschlagene Spule wieder aufzudrücken...

Aus diesen Vorkommnissen mögen unsere arbeitslosen Weberkollegen die Lehre ziehen, vor Annahme von Arbeit in dem Schröderschen Betriebe in Greven in Westfalen...

Einer näheren Würdigung der Wohnheiten des mit so vielen Militäraufträgen gelegneten Unternehmers müssen wir uns zu unserem größten Bedauern jetzt enthalten.

Partei und Gewerkschaften zur Nahrungsmittelversorgung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften und der Parteivorstand haben am 4. d. M. an das Reichsamt des Innern eine Eingabe gerichtet, in der noch einmal dringend auf die Nahrungsmittelversorgung erforderlicher Maßnahmen beauftragt werden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei, deren Vertreter an den Erörterungen über die Preisfestsetzungen für Getreide im Reichsamt des Innern teilnahmen...

Leider sind wir insofern enttäuscht, als die Höchstpreise viel zu hoch angelegt sind. Berücksichtigt man, daß die Ernte nicht ungünstig ausfiel und die Aufwendungen der Landwirte nur in einzelnen Distrikten das Maß des üblichen überschritten...

In einer Zeit, wo Millionen von Menschen schwere Opfer bringen, sei es im Heeresdienst oder durch wirtschaftliche Leiden, kann nicht einem Teil der Bevölkerung ein besonderer Gewinn aus dieser Notlage zugestanden werden.

Es ist uns bekannt, daß die Interessenten erklärt haben, daß bei den schon abgeschlossenen Käufen, wenn die Preise stark herabgesetzt werden, große Verluste eintreten müssen.

Ratschläge für unsere Hausfrauen.

Der Plan der Engländer ist bekanntlich, uns auszuheuern. Daß dies nicht gelinge, dazu können unsere Hausfrauen viel beitragen.

1. Denkt bei der Aufstellung des täglichen Speisezettels, beim Einkauf und bei der Zubereitung von Lebensmitteln, bei Bestellungen im Gasthaus, kurz überall da, wo ihr als Verbraucher wirksam seid, daran, daß unsere Gegner den Plan verfolgen, uns durch Aushungerung zur Niederlegung der Waffen zu zwingen...

2. Wir leben nicht in Tagen der Not, sondern in Tagen der Vorforge. Ihr braucht nicht zu befürchten, daß unsere Lebensmittelvorräte erschöpft seien oder in der nächsten Zukunft erschöpft sein werden.

3. Wählt für euer Mittag- und Abendessen die richtige Art von Suppe, Mus oder Brei! Reis, Linsen, Erbsen und...

weisse Bohnen sind Waren, für die wir bisher ganz oder zu starken Bruchteilen auf überseeisches oder feindliches oder diese Erzeugnisse jetzt selbst benötigendes verbündetes Ausland angewiesen waren.

4. Schränkt euern Verbrauch von Weißbrot und Semmeln aus Weizenmehl ein und deht dafür euern Verbrauch von Roggenbrot oder von Brot, das aus Weizen- und Roggenmehl gemischt ist, aus!

5. Eßt als Fleischverbraucher weniger Kalbfleisch und mehr Rind- und Schweinefleisch!

6. Verbraucht beim Kochen nicht Fett in übertriebenen Mengen und wendet euch von Fettforten, die wir bisher in großen Mengen von dem überseeischen Auslande bezogen, zu Fettforten, die wir im Inlande in genügender Menge haben!

7. Benutzt den reichen Obstsegen dieses Jahres, indem ihr Obst frisch genießt, dörret oder einmachet!

8. Die Gemühevorräte können vermehrt und für manche als Würzen dienende Kolonialwaren kann Ersatz gefunden werden, wenn die in früheren Zeiten vielfach verwandten Pflanzen: Löwenzahn, Brennessel, Sauerampfer, Salbei, Wegbreite und Gänsefuß wieder ihren Weg in die Küche finden.

9. Schränkt euern Genuß alkoholischer Getränke ein!

10. Vermeidet tunlichst überflüssige Abfälle und verwertet, soweit es möglich ist, die Speisereste wieder zu menschlichen Genußzwecken!

Wir glauben, daß die Spekulanten, die an der Preistreiberei schuld sind, keine Rücksicht bei der Preisfestsetzung verdienen. Wer sich in solche Spekulationen begibt, mag auch die Folgen tragen.

In Kreisen der Landwirte, die das Ungesunde der Preistreibereien einsehen, würde sich hiergegen kaum ein Widerstand geltend machen; sie können dabei immer noch Preise erhalten, die reichlichen Nutzen abwerfen.

Wenn wir uns gegen diese Höchstpreise für Getreide wenden, so mit der gleichen Entschiedenheit dagegen, daß im künftigen Jahre dieser Preis pro Monat noch um 3 Mk. erhöht werden soll.

Table with 4 columns: Month, Roggen, Weizen, Price. Rows for October to April 1912-1913.

Die Preisfestsetzung des Bundesrats würde also für Ende 1915 einen Roggenpreis von 256 Mk. und einen Weizenpreis von 296 Mk. in Aussicht stellen.

Mit der Preisfestsetzung für Getreide steht im engen Zusammenhang die für Hülsenfrüchte. Auch hier sind im Detailhandel hohe Preise üblich, die einen großen Teil der Arbeiterkraft zwingen, auf diese nahrhafte Kost zu verzichten.

Im Gegensatz zu dem zögernden Vorgehen in der Preisfestsetzung für wichtige Konsumartikel hat die Entschlossenheit und Schnelligkeit überrascht, mit der die Reichsregierung die Zuckerpreise festgesetzt hat.

11. Es ist irrig, zu meinen, weil der einzelne im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nur wenig verbraucht, sei es für die Allgemeinheit gleichgültig, was und wie er verbraucht.

12. Die richtige Auswahl und die möglichst große Ausnutzung der Lebensmittel können ohne nennenswerte Unbequemlichkeiten durchgeführt werden. Die kleinen Störungen, die einige Abänderungen der üblichen Lebensweise mit sich bringen können, wiegen federleicht gegenüber den Strapazen, die unser Heer durchzumachen hat...

13. Die Durchführung der Grundsätze der Vernunft und des Gemeinnes im Lebensmittelverbrauch eröffnet insbesondere der weiblichen Bevölkerung ein fruchtbares Tätigkeitsgebiet. Nur eine begrenzte Zahl von Hausfrauen kann in der Wundtätigkeitspflege und in anderen Teilen der Fürsorge für unsere Krieger Verwendung finden.

Wenn die Hausfrauen überall danach handeln, dann werden wir über die schwere Kriegszeit ohne erhebliche Entbehrungen hinwegkommen und auf der ganzen Linie Sieger bleiben.

Wir weisen schon heute auf die bald eintretenden, sehr schnellen Preiserhöhungen für Vieh und Fleisch hin; greift hier die Regierung wiederum so spät ein, wie bei den Getreidepreisen, so haben wir abermals mit einer schweren Schädigung der konsumierenden Bevölkerung zu rechnen.

Ferner richten wir nochmals die Aufmerksamkeit auf die Preisfestsetzung für Kartoffeln. Wir erkennen sehr gern an, daß die Militärverwaltung in einigen Bezirken schnell eingriffen und die Preisfestsetzung vorgenommen hat, die erfreulicherweise mehr die Interessen der Konsumenten wahrnimmt als die Bundesratsverordnung bei der Preisfestsetzung für Getreide.

Wir bitten, daß sich das Reichsamt des Innern von der Auffassung befreien möge, als ob solchen Treibereien mit Ermahnungen begegnet werden kann, die zur Mäßigung raten.

Wir bitten deshalb, unsere Vorschläge zu berücksichtigen und nicht zögernd an Maßnahmen heranzutreten, die heute der gesamten Bevölkerung zum Schaden dienen müssen.

Krieg und Sozialpolitik.

Die „Gewerkschaft“, das Zentralblatt der österreichischen Gewerkschaften, schreibt unter vorstehendem Titel:

Krieg und Sozialpolitik.

Ueber die Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteien zum Krieg finden gegenwärtig recht ausführliche Diskussionen statt. Die Entschlossenheit, mit der die deutsche Sozialdemokratie — die prinzipienfesteste unter allen Bruderparteien — im deutschen Reichstag, und in den letzten Tagen auch im preussischen Landtag, für die Kriegsbedürfnisse eintrat; der Eintritt der französischen Sozialdemokraten Guesde und Sembat und des belgischen Vandalbeide in die Regierungen ihrer Staaten, die Haltung der Parteien in einigen neutralen Ländern; dies alles hat der angeregten Frage unendlich aktuelle Bedeutung beigelegt und stellenweise ziemliche Aufregung verursacht.

Eine recht interessante Mitteilung ist nun dieser Tage durch die Presse gegangen, die nicht ohne Einfluß auf die verschiedenen Meinungen bleiben dürfte. Die deutsche Regierung machte nämlich bekannt, daß seitens der Zivilverwaltung Belgiens — dessen fast vollständige Besetzung durch deutsche Truppen bekanntlich das bisher entscheidendste Ergebnis des Krieges ist — der Plan erwogen werde, ob und inwieweit für die Zeit dieser Besetzung die deutschen sozialpolitischen Gesetze, insbesondere soweit sie auf den Arbeiterschutz Bezug haben, eingeführt werden sollen und können.

Wer die wahre Kultur eines Volkes nicht in dem Bestand der einen oder der anderen Kathedrale oder eines anderen Bauwerkes suchen wird, sondern nur dort, wo sie wirklich zu finden ist, das heißt in den Bemühungen zur Hebung des Lebensniveaus des ganzen Volkes, und wer darum — ausgehend von dieser Anschauung — in dem Stande der Sozialpolitik und der Arbeiterschutzgesetzgebung eines Volkes auch den besten Gradmesser für dessen Kulturhöhe finden wird, wird diese Mitteilung der deutschen Regierung sicherlich mit hohem Interesse vernehmen.

Aber auch noch in anderer Beziehung ist die Meldung von hohem Interesse. Die ehrlichen sozialpolitischen Absichten der deutschen Regierung in allen Ehren. Wir glauben aber doch annehmen zu dürfen, daß sie gegenwärtig andere und — von ihrem Gesichtspunkt aus betrachtet — dringendere Sorgen hat. Wenn sie trotzdem bei der provisorischen Regelung der belgischen Verhältnisse nicht zuletzt auch an den bisher in Belgien arg vernachlässigten gesetzlichen Schutz der Arbeiter denkt, so ist dies eine Verbeugung vor der Bedeutung derartiger staatlicher Maßnahmen, die nicht ohne bleibende Wirkung für die Zukunft bleiben kann.

Die weiteren Ergebnisse des Krieges können noch manche Wandlung, manche Ueberraschung bringen. Ein sehr beachtenswertes Ergebnis können sie nicht mehr aus der Welt schaffen: Diesen moralischen Erfolg jener Kulturbestrebungen, die im ausgedehntesten Arbeiterschutz die Grundlagen für jeden weiteren kulturellen Fortschritt der breiten Massen eines Volkes erblickten.

Der Kartoffelwucher.

Der bäuerliche Kartoffelwucher, der sich zurzeit in gemeingefährlichem Umfang und mit dreifachster Schamlosigkeit breitmacht, hat auch ein Blatt der Zentrumspartei auf den Plan gerufen. In der Nummer (147) des im Verlage des Volksvereins für das katholische Deutschland (M.-Glabbad) erscheinenden „Jungland“, Halbmonatsschrift für das junge Landvolk, finden wir einen Artikel mit der Ueberschrift: „Gegen den Lebensmittelwucher in der Landwirtschaft“, der den bäuerlichen Volks- und Vaterlandsfeinden in geradezu beispiellos dastehender Sprache zu Leibe geht.

Das verdankt sie eigener Lichtigkeit, aber zum Beispiel auch der Schutzollgesetzgebung (!), die durch die Mehrheit des Volkswillens zum Besten der Landwirte zustande gekommen ist. Wir wollen hier die alte Streitfrage, ob und wie das Volk hierdurch zu höheren Opfern herangezogen worden ist, nicht der ganzen Länge nach noch einmal aufrollen, Tatsache bleibt, daß das Volk ein gewisses Opfer zum Nutzen der Bauern gebracht hat. Die einfachste Pflicht der Dankbarkeit verlangt daher, daß dieselben Bauern jetzt, wo sich jeder einschränken muß, nicht gemeiner Ausbeutungsgier halber die notwendigen Lebensmittel ohne triftigen Grund verteuern. Es sind die ärmern, breiten Massen, die am meisten unter der Geldgier zu leiden haben. Bei Hunderttausenden ist der Brotverdienst entweder ganz in Wegfall gekommen oder so tief herabgedrückt worden, daß sie nur mit größter Sparsamkeit sich und ihre armen, schuldlosen Kinderchen vor Hunger und Not anderer Art schützen können.

In einer solchen Sprache muß mit einem großen Teile der bäuerlichen Bevölkerung geredet werden, mit Leuten, die fast ohne Ausnahme stets am lautesten waren, wenn es galt, die Sozialdemokratie als vaterlandsfeindlich zu verleumden.

Der Bundesrat sucht nun dem Kartoffelwucher entgegenzuwirken; in seiner Sitzung am 23. November hat er Höchstpreise für Speisekartoffeln festgelegt. Die Preise gelten für den Kartoffelproduzenten.

Das Reich ist mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Produktionskosten in vier Preisbezirke geteilt. Der erste Bezirk umfaßt etwa die Gebiete östlich der Elbe, der zweite Bezirk Thüringen, der dritte Bezirk erstreckt sich auf die nordwestdeutschen Gebiete mit ihrer großen Schweinezucht, der Westen und Süden des Reiches fällt in den vierten Bezirk.

Die Preise für die besten Speisekartoffeln wie Daber, Imperator, Magnum bonum und Up to date sind um 25 Pf. für den Zentner höher gesetzt als für die übrigen Speisekartoffeln. Die Landeszentralbehörde kann noch andere Sorten bester Speisekartoffeln in diese erste Gruppe hineinsetzen.

Die Höchstpreise sind für Speisekartoffeln der besten Sorten:

- Im Osten 2,75 Mk.;
in Mitteldeutschland 2,85 Mk.;
in Nordwestdeutschland 2,95 Mk.;
in West- und Süddeutschland 3,05 Mk. für den Zentner.

Für die nicht herausgehobenen Sorten sind die Preise entsprechend 2,50 Mk., 2,60 Mk., 2,70 Mk. und 2,80 Mk. für den Zentner.

Die Verordnung über die Höchstpreise für Speisekartoffeln trat am 28. November in Kraft.

Die Festsetzung von Höchstpreisen für Futter- und Fabrikkartoffeln ist in Vorbereitung.

Wir finden die festgesetzten Höchstpreise ein wenig hoch; die Kleinhandelspreise dürften sie um wenigstens eine Mark übersteigen, was die Kartoffel für den Verbraucher zu einem recht teuren Nahrungsmittel machen wird.

Keine Abenteuerpolitik!

Der „Landarbeiter“, das Blatt unseres jungen deutschen Landarbeiterverbandes, protestiert in seiner letzten Nummer gegen die Verleumdung der deutschen Soldaten in der Auslandspresse und schreibt dann:

„Leider gibt es auch in Deutschland Leute, die mehr Mitleid haben mit einem umgekommenen Kosaken als mit zehn gefallenen deutschen Soldaten. Man ist im

Zweifel, ob man die Förderer dieser Stimmung mehr aus der Tatsache begreifen soll, daß ihre Wiege einst in unbekanntem Gegenstande des Wohlwollens oder Wohlwollens stand, oder aus ihrem völligen Mangel an Verständnis für die Auffassungen der sozialistischen Arbeiter in Deutschland. Eine Politik, wie sie von diesen erfreulicherweise verschwindend winzigen Kreisen angestrebt wird und wie sie beispielsweise in einem Artikel eines kleinen holländischen, in der sozialdemokratischen Partei völlig abseits stehenden Blättchens von einem den deutschen Arbeitern nicht unbekanntem Manne empfohlen wird, machen die sozialistischen Arbeiter in Deutschland, vor allem die gewerkschaftlich und genossenschaftlich gescheiterten Arbeiter nicht mit. Die deutschen Gewerkschaften haben ein großes Interesse am Bestehen einer starken sozialdemokratischen Partei, die in den Parlamenten die Forderungen der Arbeiter vertritt und durchsetzt. Sie sind daher auch interessiert, daß diese Partei nur eine Politik treibt und eine taktische Haltung einnimmt, die im Einklang steht mit den Wünschen und Interessen der deutschen Arbeiterklasse. Genau so wie die französischen Sozialdemokraten bereits am 2. August, also lange bevor sie wissen konnten, was die deutsche Sozialdemokratie tun wird, das Recht für sich in Anspruch nahmen, nicht nur für die französischen Kriegskredite, sondern auch für den Krieg gegen Deutschland zu stimmen, obwohl die französischen Führer darüber nicht im Zweifel waren, daß lediglich die von der englischen Regierung genährte Revandepolitik eitler französischer Machthaber dem deutschen Volke die russischen Kosaken, die Zarenschergen an den Hals gehetzt hatten, ebenso hatte auch die deutsche Sozialdemokratie nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, ihren Willen für die Verteidigung der bedrohten Nation und des Vaterlandes einzusetzen. Die deutschen sozialistischen Arbeiter haben noch immer verstanden, ihren Sinn auf das zu richten, was dem Aufstieg ihrer Klasse nützen kann. Sie werden auch mit den störenden Elementen fertig werden, die sie einer Abenteuerpolitik ausliefern wollen. Das mögen sich alle diejenigen merken, die heute am Werke sind, mit ihren theoretischen Salbadereien uns von der eingehaltenen Marschrichtung abzubringen.“

Wir können uns diesen Ausführungen nur vollinhaltlich anschließen und wollen nur noch bemerken, daß es uns tatsächlich schon schwer fällt, uns gegenüber diesem Gauslein Abenteuerpolitik noch mehr Zurückhaltung auferlegen zu müssen.

Soziales.

Zum Schutze der Heimarbeiter in der Tabakindustrie sind am 1. Juli d. J. neue Bestimmungen in Kraft getreten. Danach dürfen eigene Kinder erst nach Vollendung des 12. Lebensjahres und nicht für Dritte, fremde Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden. Nicht mehr schulpflichtige Kinder im Alter von mehr als 13 Jahren sowie junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen in der Regel zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr früh nicht beschäftigt werden; ferner ist ihnen eine zweistündige Mittagspause zu gewähren; Sonn- und Feiertagsarbeit ist ihnen verboten. Die weiteren Bestimmungen betreffen die Behandlung des Tabaks, den Mindestlohnraum für den Arbeiter und dergleichen mehr.

Aus Handel und Industrie.

Baumwolle in Antwerpen. Sämtliche in Antwerpen vorgefundene Baumwolle ist, nach der „Textilwoche“, ohne Rücksicht auf die Nationalität, vom Kriegsministerium mit Beschlag belegt worden und soll nach Bremen verladen werden. Die Auslieferung der Baumwolle in Bremen geschieht durch das Kriegsministerium, Kriegsrohstoffabteilung, Berlin, wo die Freigabe beantragt werden muß.

Aus der nordischen Gummiindustrie. Diese ist nach der „Röhl. Ztg.“ durch die britische Erklärung, daß Gummi-Kriegsfonterbande sei, schwer gefährdet worden. In Kirkwall (auf der Orkneyinsel Mainland) sind große Mengen Gummi von den Engländern beschlagnahmt und zurückgehalten worden. Da im Artikel 28 der Londoner Seerechtsklärung vom 26. Februar 1909 Kautschuk unter den Waren aufgeführt ist, die nicht als Konterbande erklärt werden können und beim Kriegsausbruch von britischer Seite in dieser Beziehung kein Vorbehalt gemacht wurde, erwartete die Industrie diesen Schlag nicht. Eine große nordwestische Gummiwarenfabrik hat wegen Mangel an Rohstoffen den Betrieb bereits einstellen müssen. Von neutraler Seite wird versichert, daß das Verfahren der Engländer die nordische Gummiindustrie in eine sehr bedenkliche Lage gebracht habe.

Die amerikanische Ausfuhr und der Krieg. Während des Monats September ist die amerikanische Ausfuhr durch den Krieg ganz bedeutend belebt worden, namentlich gilt dies für Lebensmittel, deren Verkauf für europäische Rechnung ganz gewaltig gestiegen ist. Die Getreide- und Fleischausfuhr erreichte eine rekordbrechende Höhe. Andererseits hat die Ausfuhr von Baumwolle, Maschinen und Rohstoffen stark abgenommen. Das Handelsamt in Washington macht soeben Einzelheiten der Handelsstatistik für den Monat September bekannt. Danach überstieg die Ausfuhr während des genannten Monats die des Vormonats um 45 968 219 Dollar. Die Ausfuhr von Rindfleisch in Wüchsen stieg von 364 693 Pfund im September 1913 auf 2 885 356 Pfund im September d. J. und von frischem Fleisch von 634 523 Pfund auf 7 037 400 Pfund. Das Fleisch ging zum größten Teil nach Frankreich. Auch im Getreideexport zeigt sich die gleiche Zunahme. Der Getreideexport war im September 1914 2 781 286 Bushels gegen 251 454 Bushels im Vorjahr; Hafer 10 780 165 gegen 318 928; Weizen 25 809 100 gegen 11 971 163; Reis 10 443 817 gegen 1 486 995. Die Abnahme der Verkäufe von Baumwolle und deren Fabrikaten zog dagegen einen Gesamtverlust von 61 902 668 Dollar gegen September des Vorjahres nach sich.

Berichte aus Fachreisen.

Berlin. In der Nr. 45 unter „Berichte aus Fachreisen“ wurde über einen Betriebsunfall in der Dekaturanstalt Gottshall v. Laube berichtet. Wie uns nachträglich mitgeteilt wird, war der Vorgang wesentlich anders, und zwar war der verunglückte Kollege an die Bürstenmaschine gestellt worden, um angelehnt zu werden. Er hatte den ganzen Tag zur Zufriedenheit des Meisters gearbeitet. Auf seine Unkenntnis der Maschine ist es zurückzuführen, daß seiner Behauptung nach, keine Schutzvorrichtung vorhanden war,

